

## **7. Überhöhtes Vertrauen der Protestbewegung in eine neue Landesregierung**

---

Im Zuge der Schlichtungsgespräche wurde die Empörung der Protestbewegung nach dem Polizeieinsatz am ›Schwarzen Donnerstag‹ und den darauffolgenden Baumfällungen entschärft und zu einem Streit unter technischen Expertinnen und Experten hin kanalisiert. Der Konflikt um S21 spitzte sich auf eine Sach- und Fachkontroverse und einer Wahlkampfauseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu. Der Protestbewegung war es nicht gelungen, den Schlichter mit ihren besseren Argumenten zu überzeugen. Die eigene Einschränkung des Protestes als unpolitische Auseinandersetzung, führte nach der Schlichtung dazu, dass die Protestbewegung in Ermangelung strategischer Anknüpfungspunkte keine eigene politische Strategie aufbaute. Stattdessen stand ab Dezember 2010 die Landtagswahl im März des folgenden Jahres im Mittelpunkt der Proteststrategien. Die Protestbewegung setzte ihre Bestrebungen auf die Abwahl der CDU-geführten Landesregierung. Diese wiederum gab sich gesprächsbereit. Doch kurz vor der Wahl kam es zur Nuklearkatastrophe in Fukushima/Japan. Am 27. März 2011, nach fast 60-jähriger CDU-Herrschaft, wurde erstmals eine grün-geführte Landesregierung in Baden-Württemberg gewählt. Das führte aber nicht zu einem unmittelbaren Projektaus. Denn der Koalitionspartner der Grünen, die SPD, hatte sich bereits zuvor für das Großprojekt S21 ausgesprochen. Als die DB AG nach einem Baustopp während der Koalitionsverhandlungen mit den S21-Bauarbeiten im Juni 2011 fortfuhr, besetzten Aktivistinnen und Aktivisten eine S21-Baustelle. Diese Besetzungsaktion veränderte das friedliche Image der Protestbewegung grundsätzlich. Der Versuch des Schlichters Geißlers, mit einem Kompromiss-Vorschlag im Anschluss an die Stresstest-Diskussion weitere Kritikpunkte der Protestbewegung aufzunehmen, wurde von der Protestbewegung abgelehnt.

Im Folgenden werden die strategischen Handlungen der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure im Hinblick auf den Wahlkampf nachgezeichnet. Es wird aufgezeigt, wie sich die Protestbewegung im Wahlkampf und unter der neuen Landesregierung konstituierte. Dabei werden ihre unterschiedlichen Durchsetzungspotenziale analysiert. Des Weiteren werden entscheidende Konfliktkonstellationen auf mehreren Ebenen aufgezeigt sowie weitere Repressionsprinzipien und die Ent-

wicklung des zivilen Ungehorsams innerhalb der Protestbewegung verdeutlicht. Zudem wird die Handlungslogik der Protestbewegung beleuchtet, die ihrer Vernachlässigung eines eigenständigen Aushandlungsprozesses zugrunde lag.

## 7.1 Der Konflikt um S21 im Spiegel der Wahlkampfstrategien

### 7.1.1 Mäßigung und parteipolitische Zielverfolgung als Wahlkampfstrategie der Protestbewegung

Im Anschluss an den für die Protestbewegung enttäuschenden Abschluss der Schlichtungsgespräche waren die maßgeblichen Fraktionen bemüht, den inneren Zusammenhalt zu stärken und den Kontakt zur Basis zu verbessern. Nachdem es die Schlichtungsteilnehmenden versäumt hatten, sich direkt im Anschluss an den Schlichterspruch um die Deutungshoheit zu bemühen, reagiert das Aktionsbündnis schließlich auf das Ende der Schlichtungsgespräche mit der am 7. Dezember 2010 veröffentlichten Erklärung ›Plattform der Bürgerbewegung‹ (Aktionsbündnis geg. S21 2010d). Auch die Basisgruppen werden eingeladen, die Erklärung zu unterzeichnen und tragen diese weitestgehend mit. Die wichtigsten inhaltlichen Punkte lauten:

- Ablehnung von S21 plus,
- DB AG muss Auflagen des Schlichters abarbeiten, da so Defizite des Projekts sichtbar werden,
- verbindliche Bürgerbeteiligung (regionale Abstimmung über S21, landesweite Abstimmung zur Neubaustrecke Wendlingen-Ulm),
- Bau- und Vergabestopp bis zum Stresstest,
- Priorität: Stärkung der Massenproteste.

Erklärtes Ziel ist es, die bewegungsinternen Auseinandersetzungen in Folge des Schlichterspruchs zugunsten der inhaltlichen Gemeinsamkeit in den Hintergrund treten zu lassen und sich auf eine gemeinsame Argumentationslinie festzulegen. Darauf deutet auch die Bezeichnung ›Plattform‹, als Fläche ohne weitere Erhebungen hin: Das Aktionsbündnis signalisiert damit eine hierarchische Öffnung. Auch eine zweite Deutung ist plausibel: Die Plattform steht für die hervorgehobene Bedeutung des Aktionsbündnisses gegen S21 innerhalb der Bewegung. Dafür spricht, dass die Plattform-Erklärung nicht mit der Basis ausgehandelt wurde, sondern dieser nur zum Unterzeichnen vorgelegt wird. Somit sind die Einbindungsbemühungen tendenziell stark eingeschränkte Konzessionen und nicht als generelles Eingeständnis einer undemokratischen Entscheidungsstruktur anzusehen (vgl. Kapitel 4.2, 5.33, 6.1.1, 6.2, 6.4, 6.5). Dennoch stellte diese Erklärung eine strategische

Veränderung des Aktionsbündnisses dar, denn hier wurden die von ihnen ausgewählten Ziele der Bewegung gegen S21 offen kommuniziert und aktiv in die Basis der Bewegung getragen. Tatsächlich waren unterdessen der Organisationsgrad und das Selbstbewusstsein der Basisaktivisten im Parkschützerrat gestiegen.

Besonders, nachdem das Handlungsrepertoire der Bewegung während der Schlichtungsgespräche recht passiv war, ist zudem das Bedürfnis vieler Basisaktivistinnen und -aktivisten, selbst aktiv zu werden, wieder verstärkt. Nach dem Mobilisierungsrückgang während und unmittelbar nach den Schlichtungsgesprächen verstärken die in der Bewegung verbliebenen Aktivistinnen und Aktivisten ihren Protest im neuen Jahr. Am 10. Januar 2011 werden die S21-Bauarbeiten nach der Weihnachtspause fortgesetzt und es blockieren etwa 50 Aktivistinnen und Aktivisten die Baustelleneinfahrt. Zur Montagsdemonstration am selben Abend kommen am selben Tag 5500 Menschen (APA 2011 o. S.). Von den Teilnehmendenzahlen vor den Schlichtungsgesprächen, wo regelmäßig über 10 000 Montagsdemonstrierende zu zählen waren, ist die Protestbewegung weit entfernt. Die Blockadeaktionen vor der Baustelleneinfahrt finden in den folgenden Wochen weiterhin statt – jedoch ohne größere Öffentlichkeitsarbeit. Auf den Protestkundgebungen wird ziviler Ungehorsam weiterhin kaum thematisiert, obwohl sich die Aktiven der Blockadegruppe verstärkt darum bemühen. Schwerpunkt ihrer Aktionen ist das ›Blockadefrühstück am Bauzaun‹ jeden Dienstag, an dem wöchentlich bis zu 80 Menschen teilnehmen (STN 2011 und DDP: 2011, beide o. S.).

Nach dem Polizeieinsatz am 30. September war die Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam innerhalb der Protestbewegung deutlich vorhanden (vgl. Kapitel 6.4). Doch das Mobilisierungspotenzial wurde in den folgenden Wochen nicht umfassend ausgeschöpft und die gemäßigte Strategie der institutionellen Organisationen konnte sich weiter innerhalb der Protestbewegung durchsetzen. In der Plattform-Erklärung des Aktionsbündnisses wurden zwar explizit Massenproteste als Priorität genannt. Damit war jedoch nicht der zivile Ungehorsam gemeint, denn ansonsten müssten umfassende Mobilisierungsbemühungen zu beobachten sein. Stattdessen wurde die Blockadegruppe weiterhin kaum von den strategieprägenden Fraktionen unterstützt. Somit konnte sich die Pluralität der Bewegung ebenfalls nicht entfalten.

Anstatt emanzipatorisch auf die eigene Wirkmacht – auch in Form des zivilen Ungehorsams – zu setzen, stellen die strategieprägenden Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung die anstehende Landtagswahl bei den Demonstrationen in den Vordergrund. Die erste Großdemonstration im Januar 2011 kann dabei mit 26 000 Demonstrierenden als deutlicher Mobilisierungserfolg der Protestbewegung gewertet werden (Dpa 2011a o. S.). Auf zahlreichen Plakaten der Demonstrierenden wird die Landtagswahl thematisiert: ›Wahltag ist Zahltag‹ ist auf vielen Plakaten zu lesen. Hier sind drei Lesarten möglich: 1. der Protest gegen S21 wird

sich am Wahltag für die Protestbewegung auszahlen; 2. die Protestbewegung wird die S21-kritischen Parteien bei der Wahl honorieren; 3. der Wahltag ist Tag der Abrechnung mit S21-befürwortenden Parteien und mit Ministerpräsident Mappus. Mit Blick auf die bisherigen Dynamiken der Bewegung kommen offensichtlich alle drei Deutungen zum Tragen, wobei die Abrechnungsdeutung von Vorrang ist, wie sich im Folgenden noch verdeutlichen wird. Die Protestbewegung problematisiert auch weiterhin die Verantwortung des Ministerpräsidenten für den Polizeieinsatz am 30. September 2010 und auch für das Festhalten an Stuttgart 21. Bereits nach dem 30. September 2010 war die Forderung »Mappus weg!« als Parole auf jeder Demonstration gegen S21 zu hören. Nach den Schlichtungsgesprächen und im Wahlkampfendspurt verschärft die Protestbewegung ihre Aktivitäten gegen den Ministerpräsidenten. Die Aktivistinnen und Aktivisten recherchieren und veröffentlichen Mappus Wahlkampf-Auftritte mit der Ankündigung: »Wohin Mappus auch kommt: Wir sind schon da!« (BAA 07.01.2011 o. S., vgl. BAA 31.12.2010 o. S.). Außerdem schalten sie einen Wahlwerbespot gegen den Ministerpräsidenten auf einer großen Leuchtwerbetafel an einer viel befahrenen Stuttgarter Straßenkreuzung (APS 09.03.2010: 1). Der Höhepunkt des Wahlkampfs der Protestbewegung gegen S21 ist die »Mappschiedsparty« (BAA 18.03.2011 o. S.), auf der am Wahlabend die Abwahl des Ministerpräsidenten gefeiert werden soll. Der Eindruck, dass mit der Abwahl des Ministerpräsidenten auch das Ziel der Protestbewegung erreicht sein würde, wurde dadurch forciert. Einerseits setzte die Protestbewegung damit den Konflikt auf der Ebene einer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten fort, wie es sich bereits im vergangenen Herbst abgezeichnet hatte – dieses Deutungsmuster wurde sowohl von der Protestbewegung als auch durch den Ministerpräsidenten selbst verstärkt. Andererseits ließ die Protestbewegung damit Logiken neoliberaler Wirtschaftsordnung außer Acht. Es wurde kaum thematisiert, dass ein Parteienwechsel bei der anstehenden Landtagswahl nicht unbedingt gleichzeitig einen Politikwechsel mit sich bringen würde. Die Überlegung, dass eine Abwahl des aktuellen Ministerpräsidenten womöglich keine Abwahl von S21 bedeutete, wurde nicht diskutiert.

Der Schwerpunkt im Wahlkampf außerhalb Stuttgarts hingegen ist in der Tendenz auf den Stopp von S21 ausgerichtet. Bereits im Oktober 2010 gründeten Aktivistinnen und Aktivisten die »Info-Offensive für den Kopfbahnhof 21«, deren Ziel es ist »das ganze [Bundes-]Land über den Stuttgart-21-Wahnsinn zu informieren« (Infooffensive 2010, o. S.). Im Internetforum der Parkschützer koordinieren sie im Zuge der Landtagswahl die Aktionen für verschiedene Wahlkreise (Parkschuetzer.de 2011, o. S.). Unmittelbar vor der Landtagswahl veranstaltet die Protestbewegung zudem einen landesweiten Aktionstag unter dem Motto »Stuttgart 21 abwählen« (Dpa/lsw 2011a o. S.).

Die Strategie der Protestbewegung war insgesamt auf die Beeinflussung des Wahlergebnisses ausgerichtet. Hier gab es zwei parallele Ausrichtungen: Minister-

präsident Mappus abzuwählen und S21 abzuwählen. Die hohen Teilnehmendenzahlen bei der Großdemonstration verdeutlichten die wieder angestiegene Mobilisierungskraft der Protestbewegung im Wahlkampfendspurt. Das Aktionsrepertoire wurde innerhalb der Bewegung gezielt auf Wahlkampfdemonstrationen und -aktionen eingeschränkt, der zivile Ungehorsam wurde – trotz des vorhandenen Mobilisierungspotenzials – vernachlässigt. Die Protestbewegung blieb besonders in diesem Zeitabschnitt stark verbunden mit den parteipolitischen Zielen der Grünen. Somit beförderten die strategieprägenden Gruppen der Protestbewegung die Hoffnung, dass ein neoliberales Projekt in Zeiten der Postdemokratie über eine Wahl gestoppt werden könnte. Die in Kapitel 2.2.2 vorangebrachte Argumentation der Notwendigkeit, dass sich die Protestbewegung auch auf der politischen Ebene selbstbestimmt konstituiert, wurde weiterhin vermieden. Die Handlungsmacht wurde vornehmlich an die Parteienpolitik delegiert, obgleich diese in der neoliberalen Handlungslogik in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt ist (vgl. Kapitel 2.2).

### **7.1.2 Dialog, Transparenz und Partizipation als letzter Versuch der bisherigen Landesregierung**

Unterdessen signalisieren sowohl die DB AG als auch die CDU Gesprächsbereitschaft und eine neue Offenheit. Mit dem Bestreben um Bürgerinnen- und Bürger Nähe, Transparenz und Partizipation werden infolgedessen tendenzielle Kernthemen der Grünen nun von den S21-Projektbetreibenden bemüht. Das zeigt sich beispielhaft an einem Gespräch des Vorstandsvorsitzenden der DB AG Rüdiger Grube mit 450 Anwohnenden über die Auswirkungen von Stuttgart 21 auf die Filderkommunen (Gxs/dapd 2010 o. S.); und auch die Entscheidung, sechzehn Bäume am Nordflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs nicht zu fällen, sondern zu verpflanzen, steht für diesen Handlungswandel (Schwarz 2011a o. S.).<sup>1</sup>

Die CDU-geführte Landesregierung plant derweil, ein neues Dialogforum zu S21 zu initiieren, mit dem Ziel, dass nach den Schlichtungsgesprächen »der Gesprächsfaden nicht abreißt« (Rieger 2011 o. S.). Auch Ministerpräsident Mappus äußert in einem Zeitungsinterview indirekt Verständnis für den Protest gegen S21:

»Den Begriff Wutbürger halte ich, mit Verlaub, für ziemlichen Unfug. Die Bürger sind heute interessanter, anspruchsvoller und mit mehr Anspruch auf Information unterwegs. [...] Und wenn sie das Gefühl haben, da läuft was an ihnen vorbei, dann melden sie sich zu Wort. [...] Wenn die Politik darauf reagiert, früh einbezieht, modern kommuniziert und ständig informiert, kann sie dafür sorgen, dass eine

---

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang wird außerdem deutlich, dass eine Verpflanzung der älteren Bäume im Schlossgarten, wie durch den Schlichter vorgeschlagen, aller Voraussicht nach nicht möglich sein wird.

solche Situation in Zukunft nicht mehr entsteht, Eskalation vermieden wird [...].«  
 (Hildebrandt und Krupa 2011 o. S.)

Damit reproduzierte er die Lesart des Konfliktes um S21, wie sie zu Beginn der Schlichtungsgespräche festgelegt wurde (vgl. Kapitel 6.2.2): Konfliktursache war mangelnde Informiertheit der Bürgerinnen und Bürger. Bemerkenswert ist zudem die Rollenumkehrung in den Äußerungen im Vergleich zu den vorigen Zeiträumen. Zuvor waren die Äußerungen des Ministerpräsidenten deutlich auf der Konfrontationsebene zu verorten, nun äußerte er sich verständnisvoll. Dennoch spricht der Ministerpräsident auch von einer »Schicksalswahl« (ebd.), da sich mit Grünen und SPD das Land »radikal ändern« (ebd.) würde. Allerdings nicht wegen S21; als Beispiel für die drastischen Veränderungen nennt er Gemeinschaftsschule und Cannabislegalisierung; die Auswirkungen der Wahl auf S21 thematisiert er nicht (ebd.).

Damit wurde die Bedeutung des Konflikts um S21 sowohl von Landespolitik als auch der DB AG abgeschwächt. In den nach außen getragenen Lesarten wurde der Konflikt um S21 – im Sinne der Schlichtung – auf die sachliche Ebene verschoben. Verbesserungen des Großprojekts sollten umgesetzt werden; einige Bäume wurden verpflanzt und nicht für S21 gefällt; Transparenz, Bürgerinnen- und Bürgernähe sowie Verständnis für den Protest waren handlungsleitende Prinzipien der Projektbetreibenden im Wahlkampf. Besonders auf der Landesebene ist mit der Abkehr von der einstigen Fehdehandschuh-Rhetorik ein deutlicher Wandel zu erkennen.

## 7.2 Veränderung der Konfliktdynamiken nach der Landtagswahl

### 7.2.1 Neue Zerwürfnisdynamik innerhalb der Protestbewegung nach der Wahl

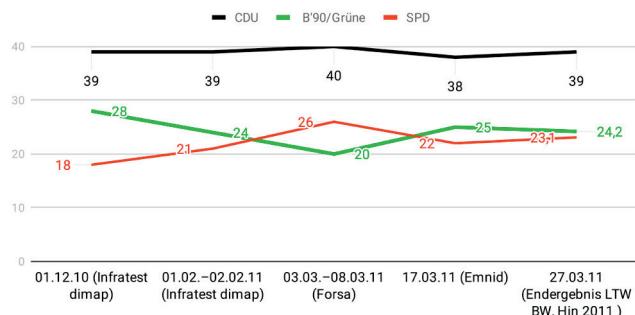
Noch Anfang März 2011 liegen die Grünen in den Umfragen zur anstehenden Landtagswahl konstant bei 20 Prozent, die CDU bei 40 Prozent (Forsa 2011). Am 11. März 2011 kommt es zur schweren Nuklearkatastrophe von Fukushima/Japan und infolge dessen zu einem bundesweiten Moratorium für die kürzlich beschlossene Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke. Dieser Politikwandel verändert auch die öffentliche Stimmung in Baden-Württemberg entscheidend (vgl. Abb. 8).

Bei der Landtagswahl am 27. März erreichen die Grünen 24,2 Prozent der Stimmen, die CDU erhält einen Stimmenanteil von 39 Prozent, die SPD 23,1 Prozent und die FDP kommt nicht über die 5-Prozent-Hürde (Hin 2011: 39). Nach fast 60-jähriger CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg kann erstmals eine Grün-Rote-Landesregierung die Regierungsmacht ergreifen. Entgegen den Umfrageergebnis-

*Abbildung 8: Einfluss der Nuklearkatastrophe in Fukushima/Japan am 11.03.2011 auf die Parteienpräferenz in Baden-Württemberg (Bündnis 90 /Die Grünen, CDU, SPD)*

**Einfluss der Nuklearkatastrophe in Fukushima/Japan am 11.03.2011**

BW-Trend: Parteienpräferenz CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD



sen schreibt sich die Protestbewegung den Wahlsieg der Grünen zu und wertet die Wahl als deutliche Entscheidung gegen S21. In ihren Reflexionen wird der Einfluss der schweren Atomkatastrophe von Fukushima kaum thematisiert.

Auf der ›Mappschiedsparty‹ der Protestbewegung werden die ersten Hochrechnungen zur Landtagswahl 2011 verkündet. Als deutlich wird, dass die CDU-Regierung abgewählt ist, feiert die Protestbewegung gemeinsam mit Grünenpolitikerinnen und -politikern. Die grüne Landtagsabgeordnete Muhterem Aras, die kurz zuvor noch auf der Kundgebungsbühne gestanden hatte, spricht von einer »Volksfeststimmung« (zitiert nach Michel und Arzt 2011 o. S.). Parallel zur Wahlparty der Protestbewegung, direkt nach den ersten Hochrechnungen, bauen einige Aktivistinnen und Aktivisten einen Bauzaun ab, der eine S21-Baufläche am Hauptbahnhof sicherte – symbolisch für den Baustopp des Projekts. In Medienberichten heißt es allerdings, der Zaun sei von ihnen »niedergerissen« (Reuters 2011a o. S.) worden, es habe »Ausschreitungen« gegeben (Schlieben 2011 o. S.). Bereits hier ist eine Tendenz zu erkennen, die dem Image der friedlichen Demonstrierenden, wie es nach dem Polizeieinsatz am 30. September 2010 in der Berichterstattung vorherrschte, entgegensteht. Am Wahlabend wurden die eigenen Ziele der Protestbewegung einhellig mit einem Wahlsieg der Grünen identifiziert, anstatt sich deutlich zu positionieren und Forderungen an die neue Landesregierung zu stellen.

Auf der 69. Montagsdemo gegen S21, ein Tag nach der Wahl, kritisiert Gangolf Stocker, der Sprecher des Aktionsbündnisses, erstmals öffentlich die Aktionsstra-

tegie der APS (Stocker 2011 o. S.) und distanziert sich vom symbolischen Abbauen des Bauzauns am Wahlabend.<sup>2</sup> Stocker stellt zudem die regelmäßigen Montagsdemonstrationen infrage. Außerdem klärt er über die konkrete Verortung der APS und deren Pressesprecher innerhalb der Protestbewegung auf. Im Vorfeld hatte es bereits innerhalb der Basis der Protestbewegung Irritationen angesichts der Fragen gegeben, wer die Parkschützer seien und wer für sie in der Öffentlichkeit sprechen dürfe. Stocker stellt klar: »Parkschuetzer.de, diese Seite und die 32 000 Parkschützer, die es gibt, haben nichts mit Matthias von Herrmann [Pressesprecher der APS] zu tun, auch wenn sie [die APS] sich Parkschützer nennen« (ebd.). Die Auseinandersetzungen mit dem Pressesprecher der APS hätten demnach auch dazu geführt, dass sich Stocker nun für einen Rücktritt von seinem Sprecherposten beim Aktionsbündnis gegen S21 entschieden habe. Mit dieser Begründung seines Rücktritts verleiht Stocker den internen Auseinandersetzungen zwischen den protestprägenden Gruppen eine hervorgehobene Gewichtung.<sup>3</sup> Erstmals wurde die Möglichkeiten einer Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Radikalitäten innerhalb der Protestbewegung eröffnet, was zu erweiterten Handlungsoptionen der Protestbewegung führen könnte. Die vom Aktionsbündnis präferierte Strategie ist, die Protestbewegung nach der Landtagswahl auf einen Volksentscheid auszurichten, den sie vorbereiten würden, sowie der bei den Schlichtungsgesprächen vereinbarte Stresstest unter Beteiligung des Aktionsbündnisses im Sommer 2011.

Statt den Konflikt mit dem Aktionsbündnis in einem Gespräch zu klären und die Proteststrategien auszudifferenzieren, werfen die APS Stocker in einem Zeitungsbericht »Mobbing« vor (Bury 2011a o. S.). Indem sie persönliche Differenzen über Presseberichte öffentlich austrugen, verhinderten die Protestakteurinnen und -akteure eine sachliche Auseinandersetzung über die verschiedenen Protestformen und untergruben dadurch die Chance, zu einer Toleranz der verschiedenen Radikalitäten zu finden (vgl. Kapitel 2.2.2). Die bereits mehrfach aufgezeigten Problematiken der undemokratischen Entscheidungsstrukturen und der fehlenden Einbindung der Basis wurden zudem auch hier fortgesetzt.

## 7.2.2 Paradoxon nach der Wahl: Vertretung der Protestbewegung innerhalb der Landesregierung?

Mit dem erfolgreichen Wahlausgang ist in der Lesart der Grünen das gemeinsame Ziel des Aktionsbündnisses gegen S21 erreicht. Werner Wölflé, der ein Direktman-

- 
- 2 Zu dieser Kritik veröffentlichen die APS ein erläuterndes Statement und weisen darauf hin, dass neben ihren Aktivistinnen und Aktivisten noch weitere beteiligte »Unruhestifter« (BAA 01.04.2011 o. S.) vor Ort waren.
  - 3 Er bezieht sich damit offenbar auf einen schon länger schwelenden Konflikt, obgleich der öffentlich wahrnehmbare Einfluss der APS auf das Aktionsbündnis besonders im Zusammenhang mit den Schlichtungsgesprächen zunächst geschwächt worden war.

dat für die Grünen im Stuttgarter Landtag erhalten hat, erklärt: »In der bisherigen Form hat das Bündnis seine Aufgabe erledigt« (zitiert nach Bury 2011b o. S.). Im Aktionsbündnis gegen S21 wollen die Grünen dennoch weiterhin vertreten sein (Michel 2011a). Ein möglicher Rollen- und Interessenkonflikt wird weder vom Aktionsbündnis noch von anderen Akteurinnen und Akteuren der Protestbewegung thematisiert. Indem die Protestbewegung sich der politischen Ebene beschritten hatte, fehlte ihr nun augenscheinlich das Vokabular, um politische Interessenkonflikte anzusprechen oder überhaupt zu erkennen. Das politische Reflektieren wurde in der Protestbewegung insgesamt nicht gezielt eingeübt.

Direkt nach der Wahl erneuern Grüne und auch SPD die Forderung nach einem S21-Baustopp bis zur abschließenden Regierungsbildung. Sie betonen gleichzeitig, dass die Entscheidung darüber bei DB AG und Bundesregierung liege (Akg/dapd 2011 o. S.).<sup>4</sup> Damit setzten sie die durch den Schlichter eingebrachte Argumentationslinie fort (vgl. Kapitel 6.5.1), dass S21 nur durch die DB AG zu stoppen sei und verdeutlichen die Lesart von S21 als neoliberales Projekt, auf das die Politik nur einen geringen Einfluss hat. Die Protestbewegung greift diese Problematik weiterhin nicht auf: Eine kritische Einordnung dieser Sachlage blieb aus.

Nach schwierigen Koalitionsverhandlungen aufgrund ihrer konträren Positionen zu S21 einigen sich Grüne und SPD auf das weitere Verfahren bezüglich des Großprojekts: Im Herbst 2011 soll eine Volksabstimmung den Konflikt abschließend klären. Zusätzlich einigen sie sich auf die Bedingungen des bei der Schlichtung vereinbarten Stress-tests des neuen Tiefbahnhofs. Sollte dieser zu größeren, kostspieligen Nachbesserungen führen, wäre ein Stopp von S21 auch bereits vor der Volksabstimmung möglich (Landesregierung BW 2011a: 29f.). Entscheidende Regierungsposten besetzen die Grünen mit erklärten S21-Gegnern: Der neue Ministerpräsident Kretschmann hatte die Position der S21-Gegnerschaft bei den Schlichtungsgesprächen vertreten und sich zuvor auf der Montagsdemonstration gegen das Großprojekt eingesetzt. Auch die Schlüsselposition des Ministers für Verkehr und Infrastruktur wird mit dem entschiedenen S21-Gegner Winfried Hermann besetzt. Das positive Verhältnis zwischen Grünen und der Protestbewegung verdeutlicht ein Antrittsbesuch des neuen Verkehrsministers Winfried Hermann bei der Protestbewegung am S21-Bauzaun (BAA 19.5.2011 o. S.). Dadurch wurde weiterhin der Eindruck untermauert, dass es keine divergierenden Interessen zwischen grün geführter Landesregierung und der Protestbewegung gäbe – im Gegenteil erweckte dieser Besuch den Eindruck eines eindeutigen Bekenntnisses zur Protestbewegung. Allerdings erhält die SPD das für das Großprojekt ebenfalls bedeutsame Ministerium für Finanzen und Wirtschaft sowie das Innenministerium und

---

4 Das Bundesverkehrsministerium weist in Sachen Baustopp hingegen zu einem späteren Zeitpunkt jegliche Zuständigkeit von sich (N-tv.de/dpa et al. 2011 o. S.).

das Justizministerium (Landesregierung BW 2011a: 84). Die beiden letzteren Ministerien waren mit der Hoheitsmacht über Justiz und Polizei für die Rahmenbedingungen der Protestbewegung entscheidend. Somit barg nicht nur die konträre Haltung der Regierungsspitzen zur Protestbewegung gegen S21, sondern auch die Verteilung der Ministerien, die die Rahmenbedingungen für die Protestbewegung entscheidend beeinflussten, weiteres Konfliktpotenzial.

Kritik am Koalitionsvertrag (siehe Anhang 4) wird von Akteurinnen und Akteuren der Protestbewegung kaum geäußert, obwohl die Basisbewegung insbesondere die Rahmenbedingungen einer Volksabstimmung als problematisch einschätzt. Doch die Protestbewegung entscheidet sich gegen eine öffentliche Auseinandersetzung, sie will der Volksabstimmung vorerst keine größere, aufklärende Öffentlichkeitsarbeit widmen. Allein gegenüber der S21-befürwortenden SPD versuchen die Aktivistinnen und Aktivisten Druck aufzubauen. Die Bewegung gegen S21 ist in ihrer Handlungsstrategie gegenüber den Grünen in der neuen Landesregierung weitaus weniger fordernd; ihre Rolle im Konflikt um S21 ist direkt nach der Wahl in der Tendenz weitestgehend abwartend und passiv.

### **7.2.3 Der Einfluss der DB AG auf die weitere Konfliktdynamik nach der Landtagswahl**

Nachdem die Protestbewegung nach der Landtagswahl passiv auftritt und auch die neue Landesregierung ihre Handlungsmacht im Konflikt um S21 zurückhaltend interpretiert, prägt vornehmlich die DB AG die Rahmenbedingungen für den Konfliktverlauf. Am zweiten Tag nach der Landtagswahl reagiert die DB AG auf die Forderung der zukünftigen Landesregierung und kündigt einen Bau- und Vergabestopp<sup>5</sup> bis zum 12. Mai 2011, der Vereidigung der Landesregierung, an (Schwarz 2011b o. S.). Gleichzeitig betont der Bahn-Vorstand die fortdauernde Gültigkeit der Verträge; Vertragspartner sei demnach das »Land Baden-Württemberg und nicht die jeweilige Landesregierung« (Brönstrup 2011 o. S.). Die DB AG sorgte damit für eine doppelte Entlastung der Landesregierung: Einerseits würde sich ein Baustopp während der Regierungsbildung voraussichtlich nachteilig auf die Mobilisierung der Protestbewegung auswirken. Andererseits wurde die neue Landesregierung aus der Verantwortung genommen und die Verbindlichkeit der S21-Verträge sowie die Machtposition DB AG werden hervorgehoben. Somit hatte sich nun auch die DB AG von der Dramatisierungsrhetorik der vergangenen Zeitabschnitte weiter entfernt. Eine Gefährdung der Zukunft Deutschlands und Europas durch ein Projekt aus wurden nicht mehr thematisiert. Vielmehr bestätigten sich die Vorannahmen aus den Kapiteln 2.2.1 und 2.2.2, denn die Realisierung von S21 wurde

---

<sup>5</sup> Ausgenommen: Arbeiten im Gleisvorfeld, die auch während der Schlichtung weiterliefen, und die Brücke zu Wendlingen an der Neubaustrecke.

nicht länger infrage gestellt und die der postdemokratischen Herrschaftslogik folgende Bindung an Verträge zwischen Wirtschaft und Politik betont (vgl. Kapitel 4.1.1). Abweichend von dieser entdramatisierenden Lesart agiert das Tunnelbohrunternehmen Herrenknecht, indem es mit einer Verlegung des Firmensitzes »nach Bayern oder ins Ausland« droht, sollte S21 nicht gebaut werden (Bürckholdt und dpa 2011 o. S.).

Im April 2011 vermeldet das Magazin stern, eine bahninterne Liste von 121 Risiken des Großprojekts ausgewertet zu haben (Luik 2011 o. S.). Diese Liste, erstellt durch S21-Projektleiter Hany Azer, setzt sich äußerst kritisch mit dem Vorhaben auseinander. Besonders die hohen Kostenrisiken, die in vielen Teilaспектen des Projekts inhärent sind, befeuern die Argumente der Protestbewegung.<sup>67</sup> Den Aktivistinnen und Aktivisten gelingt es jedoch nicht, daraus politische Forderungen zu entwickeln und dadurch möglicherweise auch Druck auf die neue Landesregierung auszuüben. Dennoch verdeutlichen die Landesregierung und die DB AG, dass die neue Konstellation der S21-Projektbetreibenden als krisenhaft zu verstehen ist, indem sie ein »Krisentreffen« (AZ/dpa 2011 o. S.) zu S21 vereinbaren. Bis zu diesem Treffen verlängert die DB AG den Baustopp (ebd.). Doch einen längeren Baustopp, bis zum Stresstest oder zur angekündigten Volksabstimmung im Herbst, lehnt sie mit Verweis auf zu hohe Kosten ab (Nauke und Braun 2011 o. S.). Kurz darauf revidiert die DB AG diese Aussage und erklärt, dass ein Baustopp bis zum 15. Juli 2011 – bis zur Stresstest-Präsentation – möglich sei (Dpa 2011c o. S.).<sup>8</sup> Doch anstatt darauf einzugehen, beantragt die Landesregierung wegen zu hoher Kostenforderungen der DB AG keine Verlängerung des Baustopps über den Juni hinaus (Ben/Reuters et al. 2011 o. S.). Mit den Schadensersatzforderungen stand der DB AG offensichtlich ein starkes Druckmittel zur Verfügung, das die Entscheidungsmacht der Landesregierung maßgeblich einschränkte. Der Protestbewegung gegen S21 schien die Tragweite dieser Vorgänge nicht bewusst zu sein. Eine entsprechende Anpassung ihrer Proteststrategie oder generell eine Problematisierung postdemokratischer Herrschaftslogiken blieben aus. Wie in den Kapiteln 2.2 sowie 4.1.1 dargelegt, beschnitt sich die Protestbewegung somit wichtiger Durch-

6 Zwei Jahre später veröffentlicht die DB AG die Liste der 121 Risiken und ermöglicht es der Protestbewegung, die Risiken umfassend auszuwerten (Ingenieure22 2013).

7 Kurz nach Bekanntwerden der ›121 Risiken‹ tritt Hany Azer von seinem Posten als Projektleiter von S21 zurück. Er habe nicht mehr ohne Personenschutz arbeiten können, heißt es in einem Medienbericht (Dpa/omi 2011 o. S.). Kurz zuvor war bereits der Projektsprecher Udo Andriof zurückgetreten (Isenberg 2011a o. S.). Von der Protestbewegung werden diese Rücktritte größtenteils als Eingeständnis der Probleme von S21 interpretiert.

8 Allerdings würde dieser Baustopp wegen des terminierten Fahrplanwechsels die Inbetriebnahme von S21 um ein Jahr auf Ende 2020 verschieben. Zudem sei dadurch mit einer Kostenforderung der Stadt Stuttgart von 33 Millionen Euro zu rechnen, die von der DB AG nicht übernommen werden könne (Dpa 2011c o. S.).

setzungspotenziale. Die Bereitwilligkeit zu einer Baustopp-Verlängerung wird von ihnen mit Problemen bei der Vergabe von Bauaufträgen interpretiert: »Alle Bauabschnitte, die keine Baufirma übernehmen will, bezeichnet die Bahn hingegen als ›Baustopp‹« heißt es in einer Presseerklärung der APS (APS 10.06.2011: 1). Eine politische Lesart und Kritik an der neuen Landespolitik bleiben aus. Vielmehr loben die Aktivistinnen und Aktivisten die Landesregierung dafür, dass sie in der Sache »weise verhandelt« habe (Dlf 2011 o. S.).

## **7.3 Strategische Defizite der Protestbewegung in der neuen Konfliktkonstellation**

### **7.3.1 Weitere Fehleinschätzung der Prämissen für Mobilisierungserfolge bei Massenaktionen des zivilen Ungehorsams**

Bereits vor der Landtagswahl hatten Aktivistinnen und Aktivisten der Basisbewegung Überlegungen aufgenommen, den zivilen Ungehorsam zu stärken und für eine Belebung der Protestbewegung zu sorgen. Für Mai 2011 planen sie daher eine Massenblockadeaktion vor der S21-Baustelleneinfahrt sowie ein begleitendes Protestcamp mit verschiedenen Workshops und kulturellen Veranstaltungen. Erstmalig verfolgt die Basisbewegung eine umfassende eigenständige Proteststrategie. Allerdings binden die organisatorischen Anforderungen zur Planung des Protestcamps wichtige Ressourcen und die geplante Aktion des zivilen Ungehorsams wird darüber vernachlässigt. Auch verläuft die Mobilisierung zaghaft. Im Blog der APS heißt es in einer ersten Kurzankündigung der Aktionen beispielsweise: »Damit es euch nicht langweilig wird, gibt es eine gute Möglichkeit, aktiv zu bleiben« (BAA 22.04.2011 o. S.). Zu Beginn des Protestcamps wird die Berichterstattung im Blog der APS über das Protestcamp ohne Angabe eines Grundes zunächst eingestellt (BAA 20.05.2011 o. S.). Insgesamt setzt sich hier die bisher aufgezeigte Linie der Fehleinschätzung des zivilen Ungehorsams weiter fort (vgl. Kapitel 5.3.1). Der Mobilisierungserfolg blieb entsprechend hinter den Erwartungen zurück. Zur Auftakt-Großdemonstration kommen gerade einmal 4800 Demonstrierende (Dpa/lsw 2011b o. S.), die Anzahl der Teilnehmenden entsprach also einer gut besuchten Montagsdemonstration. Zum Vergleich: Bei der letzten Großdemonstration vor der Landtagswahl waren es noch 39 000 Menschen (N-tv.de/hvo et al. 2011 o. S.). An der Blockadeaktion selbst sind nur 250 Aktivistinnen und Aktivisten beteiligt (APS 24.05.2011: 1). Zwar galt zu diesem Zeitpunkt offiziell auch noch der S21-Baustopp.

Dennoch hatten Aktivistinnen und Aktivisten Baumaßnahmen trotz Baustopps beobachtet (APS 30.03.2011: 1).<sup>9</sup>

Zum wiederholten Male wurde die Bedeutung einer umfangreichen Mobilisierung, deren Notwendigkeit in Kapitel 2.4.2 dargelegt wurde, – in Kombination mit einer Protestmüdigkeit nach dem Wahlsieg der Grünen – unterschätzt. Dennoch kann diese Aktion als weiteres Einüben von Blockadeaktionen und als Neukonstitution des zivilen Ungehorsams unter der neuen Landesregierung verstanden werden. Ein großer Mobilisierungszugewinn erfolgte zunächst nicht. Im Anschluss an diese Protestaktion wird allerdings wieder eine ›Dauerblockade‹ vor der Baustelleneinfahrt eingerichtet (BAA 29.05.2011 o. S.), an der sich regelmäßig 10 bis 35 Aktivisten beteiligen (BAA 01.06.2011 o. S.). Zu einer Folgeaktion zwei Wochen später, auf die verstärkt mobilisiert wird, kommen nur 150 Aktivisten und Aktivistinnen (BAA 06.06.2011 o. S.). Einen deutlicheren Mobilisierungseffekt haben die S21-Bauarbeiten, die im Juni 2011 schließlich auch offiziell fortgesetzt werden. Diese veranlassen 300 bis 400 Aktivisten und Aktivistinnen zu weiteren Blockadeaktionen vor dem S21-Baustellentor (Sueddeutsche.de/dapd et al. 2011 o. S. und APS 15.07.2011: 1). Hier zeigt sich, dass es der Protestbewegung im Ansatz erstmals wieder gelang, sich emanzipatorisch mit direkten Aktionen für ihre Ziele einzusetzen. Gegenüber der Strategie des Aktionsbündnisses gegen S21 setzten sie einen Gegenpol und eröffneten der Protestbewegung wieder ein pluralistisches Handlungspotenzial.

### **7.3.2 Verkannte Rahmenbedingungen: Mehrheit für Stuttgart 21 bewirkt keinen Strategiewandel**

Auch nach der Landtagswahl bestätigten Umfrageergebnisse, dass sich die Stimmung bezüglich des Großprojekts gewendet hatte. Bei einer Umfrage, die Ende Juni 2011 durchgeführt wird, sprechen sich 47 Prozent der Befragten für S21 aus und nur 34 Prozent dagegen (in Stuttgart sind 49 Prozent dafür und 41 Prozent da-

---

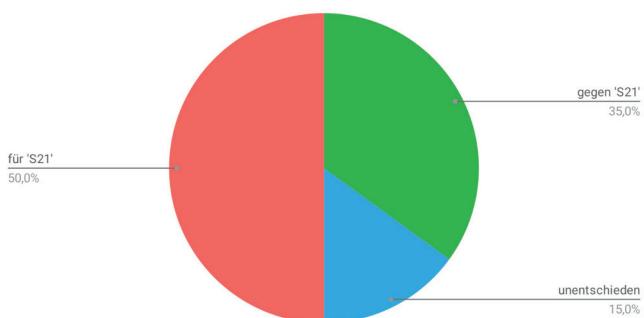
<sup>9</sup> Deshalb fand auch im Vorfeld der Massenaktion weiterhin jeden Dienstag das ›Blockadefrühstück‹ vor der Baustelleneinfahrt statt (BAA 04.04.2011 o. S.).

gegen) (Marktforschung Leipzig 2011).<sup>10</sup> Nach einer Umfrage der Stadtverwaltung Stuttgart sieht Ende Juli 2011 weiterhin eine Mehrheit von 43 Prozent der Befragten Stuttgart 21 positiv und nur 34 Prozent bewerten das Projekt negativ (StZ 2011b o. S.). Weitere Umfragen in Baden-Württemberg bestätigen die positive Stimmung zugunsten von S21 (vgl. Abb. 9).

*Abbildung 9: Einstellung zu ›Stuttgart 21‹ in Baden-Württemberg*

Einstellung zu 'Stuttgart 21' in Baden-Württemberg

(TNS Infratest: 02.-04.08.2011)



Quelle: TNS Infratest: 02.-04.08.2011

Die Umfrageergebnisse werden innerhalb der Proteststrategie weiterhin nicht berücksichtigt (vgl. Kapitel 6.5.2). Es gibt weder Strategietreffen zum Umgang mit dem Mehrheitsverlust noch eine merkliche Veränderung der strategischen Herangehensweise bei Demonstration, Aktionen und insbesondere der Öffentlichkeitsarbeit. Vielmehr wird immer wieder die Forderung nach einer Volksabstimmung hervorgehoben, obwohl die Umfragewerte verdeutlichen, dass ein Scheitern der Protestbewegung mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Die Gelegenheit, frühzeitig eine neue strategische Ausrichtung zu finden und anzuerkennen,

<sup>10</sup> Weitere Untersuchungsergebnisse des Instituts für Marktforschung Leipzig sind jedoch nur eingeschränkt gültig, da die den Ergebnissen zugrunde liegenden Fragen suggestiv formuliert sind und die Befragten im Sinne der DB AG beeinflussen können. Kritisiert werden muss außerdem an der Befragung, dass die Zahlen für den Ausstieg falsch beziffert sind. So lautet eine Frage: »Das Land Baden-Württemberg soll für das Teilprojekt Stuttgart 21, also für alle Bauarbeiten in Stuttgart insgesamt rund 800 Millionen Euro zahlen. Ein Ausstieg aus diesem Teil des Bahnprojekts, ohne dass es zu einem Bau kommt, kostet das Land mehr als 1 Milliarde Euro – wäre also teurer.« Doch tatsächlich ist die Höhe der Ausstiegskosten äußerst umstritten. Es werden beispielsweise auch Ausstiegskosten »von rund 450 bis 500 Millionen Euro für realistisch« gehalten (Kemnitzer 2010 o. S.).

eine Minderheitenposition zu vertreten, wurde nicht wahrgenommen (vgl. Kapitel 2.4.1). Eine wichtige Gelegenheit, die eigene Strategie an die gesellschaftlichen Realitäten anzupassen und die Protestbewegung umfassend über die neuen Gegebenheiten zu informieren, wurde versäumt. Wäre dem Großteil der Protestbewegung zu diesem Zeitpunkt bereits unmissverständlich bewusst gewesen, dass eine Volksabstimmung mit größter Wahrscheinlichkeit nicht zu gewinnen ist (vgl. 2.3.3), dann hätte sie möglicherweise die Volksabstimmung von vorneherein abgelehnt. In Kapitel 2.4.2 wurde bereits aufgezeigt, dass es mittels zivilen Ungehorsams durchaus möglich ist, die Mehrheit von einer Minderheitenposition zu überzeugen. Doch die strategieprägenden Fraktionen der Protestbewegung bauten den zivilen Ungehorsam nicht als Strategiealternative zur Volksabstimmung auf.

### **7.3.3 Der Einfluss einer Besetzungsaktion auf die öffentliche Wahrnehmung der Protestbewegung – partieller Imagewandel vom friedlichen Protest zum gewalttätigen Mob**

Am Montag, 20. Juni 2011, werden die S21-Bauarbeiten fortgesetzt, obwohl ein Gutachten des Landesumweltministeriums ein neues Planfeststellungsverfahren für das Grundwassermanagement (GWM) der S21-Baustelle einfordert, da mehr Grundwasser entnommen werden soll als genehmigt (Sk et al. 2011 o. S.).<sup>11</sup> Die Dauerblockade einiger Aktivistinnen und Aktivisten vor der Baustelleneinfahrt wird von der Polizei an diesem Morgen aufgelöst und ein Teil der Straße zwischen GWM und der Südseite des Hauptbahnhofs gesperrt (Dpa/dapd 2011a o. S.). Die Aktivistinnen und Aktivisten rechnen mit einem baldigen Abriss des verbliebenen Bahnhofssüdflügels. Deshalb wollen sie am selben Abend im Anschluss an die Montagsdemonstration eine Menschenkette um den Südflügel des Hauptbahnhofs bilden, um das Gebäude symbolisch zu schützen (Architekten geg. S21 2011: 1). Als sich die Demonstrierenden nach der Abschlusskundgebung der Montagsdemonstration auf den Weg vor den Südflügel machen, werfen einige von ihnen die ungesicherten, unbewachten Bauzäune um das GWM um, ohne dass sie von Polizeieinsatzkräften darin gehindert würden. Knapp 1000 Demonstrierende betreten daraufhin spontan das GWM-Baustellengelände (BAA 20.06.2011a o. S.). Die Dynamik der Aktion bleibt unkontrolliert: Einige Demonstrierende lassen Luft aus den LKW-Reifen, andere werfen Baumaterial über die Zäune und es mischen sich auch Betrunkene unter die Besetzung. Erfahrenere Aktivistinnen und Aktivisten versuchen, basisdemokratische Abstimmungsstrukturen, wie einen »SprecherInnenrat«,

---

<sup>11</sup> Die Protestbewegung stellt allerdings fest, dass die GWM-Rohre bereits zu diesem Zeitpunkt gegen den aktuellen Planfeststellungsbeschluss verstößen, da diese nicht hinreichend vor Rost geschützt seien (Ingenieure22 2011: 1).

zu initiieren, um sich taktisch abzusprechen und über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Doch jegliche Versuche scheitern an der chaotischen Situation. Dennoch wird die Stimmung größtenteils als ausgelassen und friedlich wahrgenommen (BAA 20.06.2011b o. S.); die APS sprechen von »gelöster Feierabendstimmung« (Deininger 2011a o. S.). Die Polizeieinsatzkräfte schreiten über Stunden hinweg nicht ein und verhindern das Betreten der Baustelle nicht. Vielmehr beschränken sie sich hauptsächlich darauf, die GWM-Besetzung fotografisch festzuhalten. Während der Besetzungsaktion werden jedoch ein bewaffneter Zivilbeamter, der nach Einschätzung der Protestbewegung selbst versucht hatte, GWM-Rohre zu beschädigen und ein weiterer Polizist enttarnt. Es kommt zwischen dem bewaffneten Zivilbeamten und einigen Aktivistinnen und Aktivisten zu einem Handgemenge (APS 24.06.2011 o. S.). Der zweite Polizist kommt seinem Kollegen nicht zur Hilfe, sondern verlässt allein das GWM-Gelände. Auch andere Polizeieinsatzkräfte greifen hier nicht ein. Schließlich wird der bewaffnete Zivilbeamte von Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Gelände zu den am Rande der Baustelle stehenden Polizeieinsatzkräften eskortiert. Abgesehen von diesem Vorfall gibt es keine Konfrontationen zwischen der Protestbewegung und Polizeieinsatzkräften. In der Nacht verlassen die letzten Aktivistinnen und Aktivisten größtenteils unbehelligt das GWM-Gelände. Nur zwei von ihnen werden direkt in Polizeigewahrsam genommen (BAA 21.06.2011 o. S.).

Später charakterisiert die Stuttgarter Polizei die Stimmung der Demonstrierenden während der Besetzung als »hochaggressiv« (Deininger 2011a o. S.). Laut Medienberichten meldet die DB AG einen Schaden in Höhe von 1,5 Millionen Euro und erwartet Schadensersatzforderungen gegenüber den noch zu identifizierenden Aktivistinnen und Aktivisten (Poggel 2011 o. S.). Auch die Polizei spricht von einem Millionenschaden und ermittelt wegen eines versuchten Tötungsdelikts, denn sie hätten um das Leben des Zivilbeamten gefürchtet (Dpa/tol 2011 o. S.). Die Frage, weshalb keine Einsatzkräfte dem Polizeibeamten zur Hilfe kamen wird nicht geklärt. In Medienberichten wird die Lesart der DB AG und der Polizei bekräftigt; es wird von dramatischen Szenen berichtet (beispielsweise: »Schwer verletzter Polizist flüchtet vor dem Mob« (Markert 2011 o. S.)). Insgesamt kann sich die Konfliktlesart der gewalttätigen Demonstrierenden auch in den Medien durchsetzen.

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 distanziert sich nachträglich von Sachbeschädigungen, dem Zünden von Feuerwerkskörpern sowie dem Umwerfen des Bauzauns, dies alles identifiziert das Bündnis als Gewalt:

»Wir haben Gewalt immer abgelehnt, noch nie zu Gewalt aufgerufen und werden es auch in Zukunft nicht tun – das Zünden von Böllern, das Umstoßen von Zäunen und das Umherwerfen von Baumaterial lehnen wir ab.« (Fischer 2011 o. S.)

Auch die Grünen distanzieren sich von Gewalt (AFP et al. 2011a o. S.). Erst später schwenken auch die APS von ihrer ersten Lesart der ›Feierabendstimmung‹ um

und distanzieren sich von den Vorkommnissen: »Im Nachhinein verurteile ich die Dinge, die da passiert sind, weil wir uns ganz klar gegen Gewalt stellen« (Dpa/lsw 2011d o. S.). Innerhalb der einzelnen Protestfraktionen und Aktivistengruppen gibt es etliche Gespräche darüber, ob Gewalt gegen Sachen noch vom Aktionskonsens gedeckt wird. Die Differenzierungen und verschiedenen Einschätzungen, inwiefern absichtliche Sachbeschädigung als ziviler Ungehorsam zu sehen ist, werden weder intern noch öffentlich abschließend dargelegt oder gemeinsam umfassend ausgehandelt.

Zudem werten einige Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung das Agieren der Polizeieinsatzkräfte als taktische Falle. Einen Beleg hierfür sehen sie darin, dass während der gesamten Zeit keine Polizeieinsatzkräfte einschritten, sondern vielmehr den Sachbeschädigungen und der vermeintlichen Lebensgefährdung ihres verdeckten Ermittlers zuschauten. Als weiteren Beleg für diese Lesart werten sie die Tatsache, dass der GWM-Zaun unüblicherweise während der Montagsdemonstration unbewacht war, obwohl während früherer Montagsdemonstrationen hier zudem die Polizeieinsatzwagen regelmäßig parkten. Unterdessen streitet die Gewerkschaft der Polizei den Einsatz von ›agents provocateurs‹ als aktuelle Einsatzmethode ab; gleichzeitig bestätigt ihr Sprecher ein für die Protestbewegung sehr untypisches Verhalten während der GWM-Besetzung (Dpa/lsw 2011c o. S.). Der Gewerkschaftssprecher konstatiert: »Die Ereignisse vom Montag sind ein Zeichen, dass eine kleine Gruppe die Eskalation haben wollte« (Rub/dapd 2011 o. S.). Die Lesart von einzelnen Provokateuren, die absichtlich auf eine Eskalation hinwirkten, wird von den APS aufgegriffen:

»Der 20.6. hat gezeigt, dass es Menschen gibt, die unserem Protest schaden wollen, indem sie zu Unfrieden, Sabotage oder Ausschreitungen anstacheln oder selbst handgreiflich werden. Der Bahn kommen solche ›Eskalationen‹ gelegen [...] Deshalb: Hinsetzen. Das ist für uns alle das Sicherste. Sitzend können wir solch hinterhältiges Treiben wirksam verhindern.« (BAA 06.08.2011 o. S.)<sup>12</sup>

Die APS lassen mit ihrer Erklärung offen, wen sie hinter den Provokationen vermuten. Stattdessen nutzen sie die Gelegenheit, um über die Vorzüge der Aktionsform einer Sitzblockade, die mögliche Eskalationen erschwert, zu informieren.

In den darauffolgenden Tagen ändert sich die Stimmung auf den Demonstrationen und bei Veranstaltungen sowie Aktionen der Protestbewegung. Überall dort, wo Akteurinnen und Akteure der Protestbewegung anzutreffen sein könnten, suchen Polizeieinsatzkräfte mithilfe von Steckbriefen nach Teilnehmenden der GWM-Besetzung (BAA 25.06.2011 o. S.). Ein ›Klima der Angst‹ innerhalb der Protestbewegung beschreibt eine der Interviewpartnerinnen rückblickend wie folgt:

---

<sup>12</sup> Vgl. auch die Aktion ›Sitzende Menschenkette‹ (BAA 07.08.2011 o. S.).

»[...] dann kam es auch dazu, dass man während der Demo steckbrieflich gesucht wurde. Das war auch ein ganz entscheidender Punkt, dass die Polizisten in Zivil rumgelaufen sind und sich die Leute rausgeblickt haben. Also, die Stadt war in Angst. Die Bewegung war in Angst, dass sie erkannt wird, dass sie gerichtlich belangt wird und dass sie polizeilich sogar in Gewahrsam genommen wird. Und das war eine ganz große Angstmacherei in der Bewegung.« (I1, *persönliche Kommunikation*, 28.09.2016)

Trotz dieser einschüchternden Wirkung setzt die Protestbewegung ihre Blockadeaktionen vor der GWM-Baustelleneinfahrt zunächst fort (BAA 01.07.2011 o. S.).

Anfang Juli 2011 wird eine polizeiliche Hausdurchsuchung des Parkschützerbüros angestrebt; es geht dabei um die Herausgabe von zuvor veröffentlichtem Videomaterial, unter anderem zur Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Zivilbeamten. Das komplette Material wurde jedoch bereits auf einer Pressekonferenz des Aktionsbündnisses gegen S21 von den APS gezeigt und DVDs an die Medienvertretungen verteilt. Die Filme sind außerdem auf der Videoplattform YouTube jederzeit abrufbar. Durch die Herausgabe eines Datenträgers mit den Videos an die Polizeibeamte können die APS die Durchsuchung der Räumlichkeiten noch verhindern. In der Medienberichterstattung werden jedoch Informationen aus einer verfrühten Polizei-Pressemitteilung übernommen und vermeldet, die Durchsuchung hätte tatsächlich stattgefunden (vgl. Cte et al. 2011 o. S.). Später finden zudem bei mehreren Videostreamern und Fotografierenden Hausdurchsuchungen wegen der GWM-Besetzung statt (BAA 21.07.2011 und BAA 08.12.2011, beide o. S.). Über 700 polizeiliche Ermittlungsverfahren befassen sich allein mit der Besetzung des Geländes; darüber hinaus gibt noch 2000 weitere Strafverfahren gegen Aktivistinnen und Aktivisten der Protestbewegung (BAA 05.09.2011 o. S.), weshalb bereits beim Amtsgericht Stuttgart von »Prozessstau« die Rede ist (Dpa 2011g o. S.). Die Argumentation in Kapitel 2.3.1 spricht für eine mögliche strategische Entscheidung auf politischer Ebene zum Einsatz der repressiven Maßnahmen.

Während das Image der friedlichen Aktivistinnen und Aktivisten nach der GWM-Besetzungsaktion Schaden genommen hat, warnt der neue Polizeipräsident Thomas Züfle vor einer »fanatisierten Minderheit« der Protestbewegung, der alle Mittel recht seien, um das Projekt doch noch zu stoppen (Isenberg 2011b o. S.). Rückblickend erkennen die Aktivistinnen und Aktivisten im Interview den 20. Juni 2011 als Wendepunkt für den zivilen Ungehorsam. Beispielsweise heißt es in einem Interview, es sei gelungen den zivilen Ungehorsam »massenmedial zu diskreditieren« (I3, *persönliche Kommunikation*, 11.10.2016). Dies hatte auch Auswirkungen auf alle folgenden Aktionen:

»Weil, wie die Stimmung war, das so zu diskreditieren, dass der zivile Ungehorsam in einem Ausmaß gelitten hat, der uns hinterher auch bei dem Südflügel und bei dem Park [...] Probleme bereitet hat.« (I3, *persönliche Kommunikation*, 11.10.2016)

Die über die folgenden Jahre andauernden polizeilichen Ermittlungen und juristischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der GWM-Besetzung – Hausdurchsuchungen, erkundungsdienstliche Behandlungen, polizeiliche Vorladungen und hohe Strafbefehle, um nur einige Maßnahmen zu nennen – ließen die Bereitschaft zu zivilem Ungehorsam sinken.

Nach dem 30. September 2010 konnten sich die Aktivistinnen und Aktivisten der Protestbewegung als friedliche Demonstrierende konstituieren, die unter dem schweren Polizeieinsatz gelitten hatten und denen eine große Solidarität und eine wohlwollende mediale Berichterstattung über Landesgrenzen hinweg zuteilwurde. Der Protestbewegung gelang es im Fall der GWM-Besetzungsaktion vom 20. Juni 2011 hingegen nicht, die öffentliche Lesart mitzubestimmen. Vielmehr setzten sich die Deutungsmuster einer hochaggressiven Stimmung und der Sachbeschädigung in Millionenhöhe durch. Obwohl die Landesregierung nun von ihren einstigen Mitstreitenden, den Grünen, geführt wurde, sah sich die Protestbewegung nach dem 20. Juni 2011 als Randalierende und schwere Straftäter verfolgt.

Es wurde bereits in Kapitel 2.3.1 dargelegt, dass Repressionen gegen soziale Bewegungen tatsächlich auch von als links zu verortenden Regierungen zu erwarten sind, wenn diese ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen müssen. Ein Regierungswechsel bedeutet demnach, was Repressionen betrifft, auch nicht unbedingt einen Politikwechsel. Diese Beobachtungen passen zur gegebenen Konstellation, da es möglicherweise für die neue Regierung notwendig erschien war, sich in der öffentlichen Wahrnehmung von der Protestbewegung loszulösen. Eine selbstbestimmte emanzipation durch die Protestbewegung war in den vergangenen Monaten nicht erfolgt, Gelegenheiten dazu wurden wiederholt nicht wahrgenommen. Nicht außer Acht gelassen werden darf auch nicht die Tatsache, dass die für Justiz und Polizei zuständigen Ministerien unter der Kontrolle der SPD standen.

Die Polizeieinsatztaktik hatte sich im Vergleich zum 30. September 2010 stark verändert: Die Polizeibeamten agieren während der Besetzungsaktion mit auffallender Zurückhaltung, die repressiven Maßnahmen betreffen erst die Aufklärung der Vorkommnisse. Dieses abwartende und zunächst passive Verhalten führt, zusammen mit der für die erfahreneren Aktivistinnen und Aktivisten unkontrollierbaren Situation, schließlich dazu, dass sich eine negative Lesart der Besetzungsaktion durchsetzt. Außerdem zeigt sich auch hier, dass der zivile Ungehorsam in den vorigen Monaten weiterhin nicht ausreichend eingeübt worden ist, sodass alle Versuche einer basisdemokratischen Aktionsabstimmung scheiterten (vgl. Kapitel 2.4.2). Unabhängig davon, wer die GWM-Besetzung letztendlich initiierte oder ob ›agents provocateurs‹ eingesetzt wurden – das Resultat scheint für den zivilen Ungehorsam und die Protestbewegung gegen S21 insgesamt verheerend. Somit bestätigt sich hier eine der Vorüberlegungen aus Kapitel 2.3.1: Die Auswirkungen von Repressionen auf ein und dieselbe soziale Bewegung können sich durchaus unterscheiden, da sie von weiteren Faktoren abhängig sind. Im folgenden Zeitabschnitt

werden sich die Protestdynamiken, die im Zusammenhang mit dieser Besetzungsaktion in Gang gesetzt wurden, weiter entfalten und abschließend einordnen lassen.

### 7.3.4 Verfahrenszusatz ›Stresstest‹ ermöglicht keinen erneuten Aushandlungsprozess

Unmittelbar nach den Vorkommnissen der GWM-Besetzungsaktion steht die Präsentation des Stresstests über die Leistungsfähigkeit des S21-Bahnhofs an. Hier soll gezeigt werden, ob mit dem neuen Tiefbahnhof eine 30-prozentige Kapazitätssteigerung gegenüber dem alten Bahnhof möglich ist. Das bedeutet, dass anstatt der bisherigen 37 Züge zu Spitzenzeiten 49 Züge abgefertigt werden müssten. Der Stresstest wird von einem unabhängigen Unternehmen, dem Schweizer Planungsbüro SMA, auf das sich S21-Befürwortende und -gegner geeinigt hatten, durchgeführt. Am 11. Juli 2011 sollen die Ergebnisse des Stresstests vorliegen und der Landesregierung von der DB AG präsentiert werden. Am 14. Juli soll eine öffentliche Diskussion der Ergebnisse unter der Moderation des Schlichters Heiner Geißler folgen. Der Regierungswechsel führt dabei zu einer neuen Zusammensetzung der Konfliktparteien, da nun die neue Landesregierung die Projektbetreibenden mitrepräsentiert. Wie bei den Schlichtungsgesprächen soll auch diesmal eine Live-Übertragung der Öffentlichkeit ermöglichen, die Diskussion direkt mitzuverfolgen.

Prinzipiell wäre ein Stopp von S21 aufgrund eines negativ ausfallenden Stresstests möglich (vgl. Kapitel 7.2.2). Die Prämissen hierfür wurden bereits im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung festgehalten: Sollte die geforderte Leistung des neuen Tiefbahnhofs von mehr als 30 Prozent in der Spitzstunde unterschritten werden, wären womöglich Nachbesserungen nötig, die die Gesamtkosten auf über 4,5 Milliarden Euro erhöhen würden. Dann wäre der Kostendeckel erreicht, das Land Baden-Württemberg würde keine weiteren Kosten übernehmen und es läge an Bund und DB AG, die zusätzlichen Kosten zu tragen oder das Projekt zu beenden (Landesregierung BW 2011a: 30 und Deininger 2011b o. S.).

Bereits im Vorfeld des öffentlichen Gesprächstermins agieren die Konfliktparteien weitaus komplexer als im Verlauf der Schlichtungsgespräche. Noch vor der geplanten öffentlichen Diskussion beziehen die Akteurinnen und Akteure im Konflikt um S21 Stellung zum Ergebnis des Stresstests und verlagern dadurch die Debatte in die mediale Berichterstattung. Zwei Wochen vor der Präsentation der Stresstestergebnisse spielt die DB AG die Information an Medien zu, dass der

Stresstest weitestgehend bestanden sei (Abendblatt.de/dpa 2011 o. S.).<sup>13</sup> Damit gelingt es der DB AG, die eigene Lesart der Ergebnisse ohne direkte Konfrontation mit der Gegenseite in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das Handeln des Aktionsbündnisses hingegen ist geprägt durch einen Wechsel von mehreren Gesprächsabsagen und -zusagen, Verfahrenskritik und konkreten Forderungen zum zeitlichen Ablauf (vgl. SIR 2011a, Spitzenspfeil 2011 sowie Rittgerott und Hunger, alle o. S. sowie Aktionsbündnis geg. S21 2011a: 1)

Ende Juli 2011 erhalten die Konfliktparteien schließlich das SMA-Gutachten, das laut Medienberichten belegt, dass der Tiefbahnhof S21 den Stresstest bestanden habe (Cp et al. 2011 o. S.). Das Gutachten wird von der Protestbewegung als fehlerhaft kritisiert (APS 21.7.2011: 1 und Ulz/dpa 2011 o. S.). Die grün-rote Landesregierung zweifelt das Ergebnis hingegen nicht an, Ministerpräsident Kretschmann erklärt: »In quantitativer Hinsicht ist der Stresstest bestanden, in qualitativer unserer Ansicht nach nicht« (N-tv.de/dpa 2011a o. S.). Allerdings widerspricht der grüne Tübinger Oberbürgermeister und Schlichtungsteilnehmer Boris Palmer dieser Interpretation. Seiner Ansicht nach belege das Gutachten, dass S21 beim Stresstest durchgefallen sei (Hatting 2011 o. S.).

Nachdem der Aushandlungsprozess über die unterschiedlichen Lesarten der Stresstestergebnisse bereits im Vorfeld über zahlreiche Äußerungen der Konfliktparteien und -akteure bereits nahezu abgeschlossen ist, werden während der öffentlichen Stresstestdiskussion der Vertretungen der Projektbetreibenden und der Protestbewegung die Einzelaussagen größtenteils nur wiederholt. Das Planungsbüro SMA stellt schließlich fest, dass Verspätungen leicht abgebaut werden würden und das Testergebnis stabil sei (Abendblatt.de 2011a o. S.), lässt mit der Stresstestvorstellung allerdings einen Interpretationsspielraum, ob der neue Tiefbahnhof unter allen Bedingungen den Stresstest bestanden hätte, und, ob der neue Bahnhof tatsächlich ein Zugewinn an Leistungsfähigkeit brächte.

Statt die Diskussion mit einem Schlichterspruch einordnend abzuschließen, präsentiert der Schlichter Heiner Geißler unerwartet einen Kompromissvorschlag mit dem Titel ›Frieden in Stuttgart‹ (SK2.2), eine Kombination aus Tief- und Kopfbahnhof (vgl. Michel 2011b o. S.), den er mit dem Planungsbüro SMA ausgearbeitet hatte.<sup>14</sup> Bereits der Titel verdeutlicht Geißlers Einschätzung, dass nur ein Kompro-

13 Kurz zuvor wird auch der baden-württembergische Verkehrsminister Hermann in Medienberichten mit der Aussage zitiert, S21 habe den Stresstest bestanden, um dann kurze Zeit später wieder durch das Verkehrsministerium dementiert zu werden (Reuters 2011b o. S.).

14 Tatsächlich ist die Idee eines Kombibahnhofs nicht neu und wurde sogar Ende der 1980er Jahre bis in die 90er Jahre vom ›S21-Ideengeber‹, dem Verkehrswissenschaftler Gerhard Heimerl vorgeschlagen und von der Bahn verworfen (vgl. Schunder 2016 o. S. und Landeshauptstadt Stuttgart 2011a). Der Prüfbericht wurde außerdem wegen falscher Behauptungen kritisiert und die SMA veröffentlichte eine Richtigstellung (SMA 2011). Im Jahr 2018 wird die Kombibahnhofvariante wieder durch den BUND ins Gespräch gebracht.

miss den Konflikt um S21 lösen könne, und, dass er befähigt ist, diesen Kompromiss herbeizuführen. Bei dem Kompromissvorschlag sollen die Fernverkehrszüge unterirdisch verlaufen, Nahverkehrszüge würden über einen verkleinerten Kopfbahnhof geführt. Durch die Trennung von Nah- und Fernverkehr würden sich viele Vorteile erschließen. Außerdem könnte der Südflügel des alten Bahnhofs voraussichtlich erhalten bleiben. Eine neue Kostenrechnung und Planungsphase seien erforderlich, aber die verkürzte Bauzeit würde das ausgleichen (Michel 2011b o. S.). Das Aktionsbündnis fordert unter diesen Voraussetzungen einen erneuten Bau- und Vergabestopp. Die DB AG möchte hingegen den Kombi-Vorschlag nicht kommentieren und geht auch nicht auf die Forderung nach einem Baustopp ein. Daraufhin verlassen einige der S21-Gegnerschaft aus Protest den Raum. Kurze Zeit später beenden die verbliebenen Teilnehmenden ohne abschließendes Ergebnis die Gesprächsrunde (Sueddeutsche.de/mcs 2011 o. S.).

Hunderte Menschen aus der Protestbewegung gegen S21 verfolgen die Stressstestdiskussion beim Public Viewing auf dem Stuttgarter Marktplatz; einige von ihnen sitzen auf mitgebrachten Klappstühlen und Bierbänken oder machen nebenbei ein Picknick. Mit einer Selbstverständlichkeit erobert sich die Protestbewegung kurzzeitig wieder ein Stück öffentlichen Raum. Gleichzeitig gewinnt ihr Protest den ungezwungenen Eventcharakter der Anfangszeiten ihres Massenprotests kurzzeitig zurück. Die Haltung der Protestbewegung zum Schlichter Geißler hat sich durch den in ihren Augen ungerechten Schlichterspruch jedoch stark verändert. Die Äußerungen Geißlers sowie die Wortmeldungen des Vertreters des Planungsbüros SMA werden von ihnen mit lauten Pfiffen kommentiert. Der Kompromissvorschlag von Geißler und dem Planungsbüro SMA wird von ihnen entsprechend ablehnend aufgenommen (StZ 2011b o. S.).

Im Anschluss an die öffentliche Stressstestdiskussion erklärt das Aktionsbündnis gegen S21, der Stress test sei nicht bestanden worden. Das Bündnis kritisiert die DB AG für ihre »geschickte Desinformation [...] im Vorfeld des Stressstestes, sie habe den Stress test bestanden« (Aktionsbündnis geg. S21 2011b: 1). Die neue Landesregierung bleibt bei ihrer Kritik allerdings außen vor, obgleich auch diese vorab erklärt hatte, der Stress test sei bestanden worden. Damit bestätigt sich, dass die DB AG als neuer Hauptkontrahent der Protestbewegung gesehen und die grün geführte Landesregierung von ihnen nicht unter Druck gesetzt wird. Die Repressionen infolge der GWM-Besetzung hatten also zunächst keine weitere Auswirkung auf das Verhältnis zwischen Landesregierung und Protestbewegung.

Nur ein Teil der Protestbewegung diskutiert den Vorschlag Geißlers. Das Konzept stößt größtenteils auf Ablehnung, da hierbei weiterhin die alten Bäume im Schlossgarten gefällt werden müssten. Außerdem ist ein allgemeines Misstrauen gegenüber Geißler zu beobachten, da dieser die Protestbewegung ihrer Interpretation nach bei der Schlichtung »über den Tisch gezogen« (*I5, persönliche Kommunikation, 24.10.2016*) hatte. Einige wenige Akteurinnen und Akteure der Bewegung

setzen sich allerdings differenzierter mit dem Kombi-Bahnhof auseinander und kommen zu einer positiveren Einschätzung. Beispielsweise ist hier der Vergleich von S21 und SK2.2 des Bahnexperten Karl-Dieter Bodack aufzuführen, in dem es heißt: »Der Vermittlungsvorschlag SK2.2 kann Stuttgart vor einer vierfachen Katastrophe bewahren« (BAA 02.08.2011 o. S.).

Insgesamt deutlich positiver sieht die baden-württembergische Bevölkerung den Kombi-Vorschlag des Schlichters. Den Vorschlag des Schlichters befürworten 51 Prozent der Befragten, 36 Prozent lehnen ihn ab; 50 Prozent der Befragten sind für S21, 35 Prozent sind dagegen (Ministeriumf. Verkehr u. Infrastruktur BW 2011 o. S.). Die relativ eindeutige Stimmung für einen Kompromiss unter der baden-württembergischen Bevölkerung wird von der Protestbewegung allerdings nicht reflektiert.

Der Kompromissvorschlag ›Frieden in Stuttgart‹ erfährt zudem schnell durch Bundesregierung, Stadt Stuttgart und die DB AG eine Ablehnung. Die neue Landesregierung hingegen zeigt sich passiv und erklärt, dass sie das Konzept nur im Konsens der Projektparteien weiterverfolgen würde (Dpa 2011d o. S.). Das grüne Landesverkehrsministerium folgt dieser Haltung nicht, sondern lässt unterdessen den Kompromissvorschlag prüfen. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Kombi-Vorschlag von Geißler ist, unter Berücksichtigung von Risiken und Inflation, kostengünstiger und besser als S21 (Otte und dpa 2011). Doch dieses Ergebnis führt zu keiner veränderten Haltung der Landesregierung, die sich weiterhin dem Votum der übrigen S21-Projektparteien fügt. Tatsächlich böte sich hier für die Protestbewegung ein weiterer strategischer Ansatz. Denn mit der positiven Prüfung des Kompromissvorschlags hatte das Landesverkehrsministerium den Akteurinnen und Akteuren eine Möglichkeit eröffnet, einen erneuten Aushandlungsprozess über S21 einzufordern.

Allerdings beeinflusst die Enttäuschung über die Schlichtungsgespräche, den Schlichter Geißler und auch über die neue Landesregierung die strategischen Optionen, was in den rückblickenden Interviews bestätigt wird:

»Da hatte sich die Bewegung schon von den Politikern abgesetzt. [...] da hat man erkannt, dass mit der Bewegung gespielt wurde. Dass die Bahn trotzdem macht, was sie will. Der Geißler [...] hätte machen und sagen können, was er will, man hat nicht mehr geglaubt.« (I2, *persönliche Kommunikation*, 04.10.2016)

»[M]an [war] gar nicht mehr in der Lage, von diesem Menschen [Geißler] irgendeinen Kompromissvorschlag anzunehmen.« (I1, *persönliche Kommunikation*, 28.09.2016)

Dabei böte die oben zitierte Umfrage eine Grundlage, um auf die Landesregierung mehrheitlichen Druck auszuüben. Gleichzeitig würde diese Kompromisslösung den S21-Befürwortenden ermöglichen, ohne vermeintliche Bloßstellung aus dem Großprojekt S21 auszusteigen, dessen Kostenrisiken bereits – zumindest nach

Berechnungen der Landesverkehrsministeriums – den vereinbarten Kostendeckel überschritten hatten (vgl. Ministeriumf. Verkehr u. Infrastruktur BW 2011 o. S.).

Der Protestbewegung gelang es nicht, die Stimmung in der baden-württembergischen Bevölkerung und die Handlungen des grünen Verkehrsministeriums strategisch aufzunehmen. Eine wichtige Rolle hierbei spielte ihre grundsätzliche Abneigung gegenüber dem Schlichter Geißler und dem Planungsbüro SMA. Der im politischen Reflektieren ungeübten Bewegung gegen S21 gelang es auch deshalb nicht, die ihnen hier gebotene letzte Chance vor einer kaum zu gewinnenden Volksabstimmung zu erkennen und den Vorschlag Geißlers zu nutzen, um in einen neuen, diesmal selbstbestimmten Aushandlungsprozess einzusteigen und somit auf der politischen Ebene zu agieren.